

## **Ende einer Ära**

### **Eine Analyse zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen**

---

Ursula Feist, Diplom-Psychologin, ist seit 1980 Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas sowie seit 1989 Geschäftsführerin von infas MediaMetric, Institut für Wahlberichterstattung, Hamburg.

Als „Super-GAU“ für die Sozialdemokraten bezeichnete Die Zeit in ihrer Analyse den Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 1995: den Verlust der Alleinherrschaft nach fünfzehn Jahren in der noch immer wichtigsten Industrieregion Deutschlands. Nicht derart übertrieben, aber auch dramatisch drückte sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung aus: ein Wahldebakel in Düsseldorf und eine demütigende Niederlage. Führende Sozialdemokraten bewerteten die neuen Fakten pragmatischer, nämlich als „Tritt in die richtige Richtung“, der die SPD aus ihrer Lethargie aufwecken werde und sie durch den Zwang zur rot-grünen Koalition von künstlichen Tabuisierungen und selbst auferlegten Berührungsverboten mit den Grünen befreit habe: Düsseldorf - strategisch ein Modell für Bonn.

Wie auch immer, was die Wählerinnen und Wähler am 14. Mai 1995 mit ihrer Stimmabgabe ausgelöst haben, hat im doppelten Sinn etwas von einem politischen Kulturschock: der Verlust von scheinbar Selbstverständlichem und zugleich der Zusammenprall von scheinbar Unvereinbarem.

### Ein doppelter Kulturschock

Zug um Zug hatte eine traditionsbewußte SPD in den letzten drei Jahrzehnten - ausgehend vom Ruhrgebiet mit seiner klassischen Industriearbeiterschaft - die Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen aus ihrer Vormachtstellung verdrängt und sich selbst an deren Stelle als eine Art Staatspartei etabliert, bis schließlich das ganze Land von innen wie von außen mit der SPD identifiziert wurde. Mit dem 14. Mai ist diese kulturelle Vormacht der SPD nicht mehr unumstritten.

Neben dem Verlust an gewohnter Macht hat die NRW-SPD nun die schockierende Erkenntnis zu verarbeiten, daß sie offenkundig nicht vermochte, was der bayerischen CSU als heimlichem Maßstab über Jahrzehnte gelang: Wieder und wieder bei Wahlen stabiles Vertrauen zu mobilisieren, die Bindung zwischen Landesbürgern und Partei ungebrochen zu bewahren und so die politische Vormacht ungeteilt zu behaupten - ganz gleich wie groß der Verschleiß im Amt und wie dicht der politische Filz, wie folgenschwer die Fehler der Regierung, wie zahlreich die Affären und Skandale und wie gravierend der Strukturbruch in Wirtschaft und Gesellschaft. Während die CSU ihre Konkurrenz im Wählerspektrum rechtsaußen, die Republikaner, fürs erste erfolgreich abwehrte, war die NRW-SPD ihrer Konkurrenz am linken Rand nicht gewachsen, sie öffnete den Grünen ihre linke Flanke.

Mit der am 14. Mai 1995 herbeigewählten rot-grünen Koalition treffen zwei politische Kulturen aufeinander, die in Nordrhein-Westfalen ihre Gegensätze mehr gepflegt denn nach Gemeinsamkeiten gesucht haben. Was in Hessen, Berlin oder Niedersachsen politisch mehr oder weniger erfolgreich agiert hat, zumindest seinen Schrecken verlor, was auch in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens außerhalb des Ruhrgebiets bereits politische Normalität geworden ist, rot-grüne Koalitionen, ist für die Landespolitik offenbar ein Schritt zu neuen Ufern, selbst wenn man nun auf dem Weg dorthin mehr Schnittmengen zwischen beiden Parteien erkennen will, als zuvor gedacht. Sich gegen grün abzuschotten und nach Möglichkeit zu immunisieren, war aus legitimem Interesse am ungeteilten Macht erhalt vor allem Anliegen der Landes-SPD.

Die SPD ist in Nordrhein-Westfalen besonders organisationsstark, hier auch noch intakter als andernorts, aber in Gefahr zu überaltern, dabei in ihrem traditionellen Fortschrittsbewußtsein eine eher konservative Partei, noch tief verwurzelt in sozialmoralischen Milieus der Gesellschaft; ideologisch fühlt sich die NRW-SPD mehr als andere SPD-Landesorganisationen den Interessen der klassischen Industriearbeiterschaft und deren Existenzsicherung verpflichtet, ist allerdings modern genug, die Arbeits- und Lebenswelt der Angestellten in den großen Dienstleistungszentren des Landes nicht zu ignorieren; ihr politisches Credo für den fälligen Strukturwandel gründet im Gegensatz zu den Grünen im Glauben an die Kräfte des Wirtschaftswachstums, je nachdem stimuliert oder eingedämmt durch staatliche Intervention.

Dagegen stehen die Grünen mit ihrem basisorientierten politischen Stil und Selbstverständnis, mit ihren Wurzeln in den sozialen, emanzipatorischen Bewegungen gegen das Establishment der siebziger und achtziger Jahre. In ihrer Sicht der Dinge und ihren Lösungsansätzen haben sich die Grünen in Nordrhein-Westfalen zwar in den letzten Jahren von fundamental-radikalen Positionen verabschiedet und einen realpolitischen Schwenk vollzogen. Geblieben ist aber ihr politisches Konzept vom ökologischen Umbau der Gesellschaft, ihre Neubewertung von Nutzen und Sinn des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts mitsamt seinen menschenverachtenden und Leben zerstörenden Prämissen.

Indem die Grünen den Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie fordern, betonen und besetzen sie die neue gesellschaftliche Trennlinie, entlang derer sich heute Interessenlagen spalten. Über diesen Grundkonflikt wollen die Grünen mobilisieren, während die NRW-SPD in ihrer traditionellen Orientierung an Arbeitnehmerinteressen im alten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit der Sicherung von Produktion Vorrang gibt. Glasklares Symbol für das gegensätzliche Politikverständnis von SPD und Grünen ist der Konflikt um den Ausbau des Braunkohlereviers Garzweiler II.

Wie viel SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen letztlich trennt, wer schließlich Verlierer oder Gewinner im gemeinsamen Bündnis sein wird, ob Düsseldorf wirklich eine strategische Option für Rot-Grün auch 1998 in Bonn eröffnet, wird erst die gemeinsame Regierungsarbeit zeigen. Aus der nachfolgenden Analyse über die Wählerbewegungen am 14. Mai 1995 läßt sich aber auf jeden Fall ablesen: Schon vor dem Wahltag gab es eine schwache Präferenz unter den Wahlberechtigten für ein rot-grünes Zusammengehen, die sich durch die Macht des Faktischen noch verstärkte. Nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen begrüßten deutlich mehr die rot-grüne Allianz als zuvor.<sup>1</sup>

#### Lagertheorie durch den 14. Mai 1995 bekräftigt oder ins Wanken geraten?

Daß nun in Nordrhein-Westfalen - Deutschland quasi im verkleinerten Modell - eine rot-grüne Wählermehrheit von 56 Prozent existiert, bewerten manche als Beleg für die von Willy Brandt aufgestellte These von der möglichen „Mehrheit links der Mitte“, die von der Prämisse zweier politischer Lager ausgeht. Blickt man auf die letzten fünfzehn Jahre in Nordrhein-Westfalen zurück, ist aber leicht zu erkennen, daß sich an den Stärkeverhältnissen zwischen Rot-Grün und Blau-Gelb wenig geändert hat. Vershoben hat sich jedoch trotz aller Stagnation das interne Gewicht, nicht nur im rot-grünen Lager, sondern auch für Blau-Gelb.

<sup>1</sup> Nach infas-Umfragen im Auftrag des WDR hatten sich 28 Prozent der Wahlberechtigten Anfang Mai 1995 für eine rot-grüne Koalition ausgesprochen, für eine SPD-Alleinregierung nur 26 Prozent. 1990 bevorzugten noch 37 Prozent eine SPD-Alleinregierung und nur 10 Prozent ein rot-grünes Bündnis. 1995 wie 1990 hatten 8 bzw. 9 Prozent für eine Große Koalition plädiert. Nach Abschluß der mehrwöchigen Koalitionsverhandlungen fand das rot-grüne Bündnis bei 47 Prozent Zustimmung, darunter von 63 Prozent der SPD-Anhänger und zu 86 Prozent im Lager der Grünen.

**Stärke der politischen Lager in Nordrhein-Westfalen 1980-1995**

Landtagswahlen	Stimmenanteil (in Prozent)					
	SPD und Grüne	SPD	Grüne	CDU und FDP	CDU	FDP
1980	51,4	48,4	3,0	48,1	43,2	4,9
1985	56,7	52,1	4,6	42,5	36,5	6,0
1990	55,0	50,0	5,0	42,5	36,7	5,8
1995	56,0	46,0	10,0	41,7	37,7	4,0

Quelle: infas-Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD

Seit einem Jahrzehnt gibt Rot-Grün rein quantitativ an Rhein und Ruhr den Ton an, ohne daß dadurch Chancen für eine rot-grüne Wählermehrheit zur Regierungsübernahme in Bonn herangereift wären. Die Wahl am 14. Mai 1995 ist somit sicherlich kein Signal, noch weniger ein Präjudiz für den Ausgang der Bundestagswahl 1998. Trotzdem könnte von der Wahlentscheidung in Nordrhein-Westfalen ein über die Region hinaus bedeutsamer Wendetrend ausgehen, der mit dem Ende einer Ära auch das Ende der bisherigen Lagertheorie einleiten würde. Drei Kennzeichen markieren diesen Trend:

- *FDP in der Existenzkrise*

Als bürgerliches Strukturelement spielt die FDP nach der Serie ihrer Wahlniederlagen 1994/1995 derzeit im Parteiensystem als Restpartei kaum noch eine Rolle, mit der für sie prekären Konsequenz, daß sich der bisherige Partner im Lager, die CDU, zur Sicherung ihrer Mehrheitsfähigkeit nach anderen Alternativen umschaute. Ihre Planspiele, die den Liberalen gefährlicher werden als der Rückzug der Wählerinnen und Wähler: Suche nach einer eigenen Mehrheit, Große Koalition, schwarz-grüne Bündnisse.

- *Oppositionsstimmung geht an SPD vorbei*

Als regionales politisches Gegengewicht ist die SPD offenbar gefragt, sie sitzt gegenwärtig schließlich in vierzehn der sechzehn Bundesländer mit am Kabinetttisch. Vielleicht gerade wegen dieser heimlichen Regierungsbeteiligung in Bonn über den Bundesrat, aber sicher auch aus Gründen ihrer inneren Verfassung blieb jedoch in letzter Zeit ein Stimmungseffekt, der früher bei Landtagswahlen stets den großen Bonner Oppositionsparteien zu gute kam, für die SPD ohne Nutzen. Statt dessen bekommen im Westen die Grünen Zulauf, in großem Umfang von der SPD, aber auch von der CDU. In Ostdeutschland macht die PDS der SPD die Rolle als die originäre Oppositionspartei streitig.

- *Trotz der Vielzahl sozialer Probleme, die normalerweise einer sozialdemokratischen Partei Themen und Zündstoff zur Mobilisierung bieten müßten, sind die Wachstumschancen der SPD derzeit gering. Eine kursbestimmende Rolle der Sozialdemokraten im „Lager links der Mitte“ ist schwerlich zu erkennen. Somit reduzieren sich auch die Chancen, durch politischen Gestaltungswillen das Lager aktionsfähig zu machen und es dadurch zu stabilisieren.*

- „Partei der Nichtwähler“ stärkste Formation

Der Rückzug der Wähler von den Parteien hält unvermindert an. Am 14. Mai 1995 war die Partei der Nichtwähler die eigentliche Gewinnerin, die um 7,8 Prozentpunkte zulegte. Zusammengenommen verfügen die beiden Regierungsparteien SPD und Grüne über weniger Stimmen als das Nichtwählerlager. Daß die Wahlbeteiligung im größten Bundesland auf ein so niedriges Niveau absinkt, markiert eine neue Stufe der Distanz zu den Parteien. Wahlenthaltung dieser Größenordnung wird zu einem immer stärker über die politischen Mehrheiten zufällig entscheidenden Moment.

**Wählermobilisierung in Nordrhein-Westfalen bei Landtagswahlen**

In Prozent der Wahlberechtigten	1980	1985	1990	1995
SPD-Wähler	38,5	38,9	35,6	29,3
CDU-Wähler	34,4	27,3	26,2	24,0
FDP-Wähler	4,0	4,5	4,1	2,6
Grüne-Wähler	2,4	3,4	3,6	6,4
Wähler anderer Parteien	0,3	0,6	1,8	1,7
Nichtwähler	20,0	24,8	28,2	36,0

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen; infas-eigene Berechnung

Ob man in wachsender Wahlenthaltung bloß einen Trend zur Normalisierung im Vergleich zu internationalen Standards sieht oder sinkende Wahlbeteiligung eher als ein Krisensignal wertet, hängt wohl in erster Linie von grundsätzlichen Einstellungen zur Demokratie und ihrer Funktionsfähigkeit ab. Wer in der Stellvertreterdemokratie das Ideal erblickt, wird am Rückgang wenig Anstoß nehmen, so lange nur funktionsfähige Parlamente gewählt werden. Wer nicht wählt, wählt schließlich auch eine Politik. Ist aber eine Beteiligungsdemokratie das Ziel, sollten möglichst viele politisch mitsprechen und mitbestimmen.

So oder so entzieht jedoch die wachsende Wahlenthaltung der Wahldemokratie auf Dauer Legitimation: Mehrheitsfindung und Machtdefinition sowie das traditionelle System der Interessenvermittlung durch Parteien werden in Frage gestellt. Schon heute findet für viele Engagierte Politik außerhalb der Parteien statt. Das heißt aber auch, politische Gestaltung und Aktion finden ihre Koalitionen und Allianzen -je nach Konflikt- und Sachlage - mal in dem einen, mal im anderen politischen Lager.

Der stärkste Trend: Abwanderung in die Wahlenthaltung

Nach fast 30 Jahren Regierungsverantwortung steht die NRW-SPD vor der Erkenntnis: Von ihrer Politik wandten sich mehr Wähler (per Saldo 425 000) lustlos ab, weil sie keinen Anlaß und kein Motiv sahen, das Mandat zu erneuern, als direkt zu anderen Parteien abwanderten (per Saldo 222000, darunter immerhin 183000 zu den Grünen). Auch die CDU muß zur Kenntnis nehmen, daß sie ihren Zuwachs an politischem Gewicht nicht in

erster Linie ihrer Attraktivität verdankt, sondern der wachsenden Distanz der Wahlbevölkerung zu den Parteien. Daß dieser Trend mit Hilfe von Appellen wie „Wählen gehen“ und Werbespots im Fernsehen gewendet würde, statt durch Politik, wird wohl niemand ernsthaft glauben. Nicht nur die SPD, ausnahmslos alle Parteien blieben am 14. Mai 1995 in Nordrhein-Westfalen unter ihren theoretischen Mobilisierungsmöglichkeiten, selbst wenn nicht alle gleich stark unter dem Rückgang der Wahlbeteiligung litten.

#### Wählerstimmen in Nordrhein-Westfalen 1994/1995

	<b>Europawahl 12. Juni 1994</b>	<b>Kommunalwahl 16. Okt. 1994</b>	<b>Bundestagswahl 16. Okt. 1994</b>	<b>Landtagswahl 14. Mai 1995</b>
SPD-Wähler	3 093 000	4 424 000	4 535 000	3 817 000
CDU-Wähler	2 853 000	4 217 000	3 997 000	3 125 000
FDP-Wähler	333 000	394 000	804 000	333 000
Grüne-Wähler	861 000	1 063 000	781 000	831 000
Wähler anderer Parteien	575 000	361 000	397 000	188 000
Nichtwähler	5 306 000	2 374 000	2 373 000	4 689 000

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen;  
Zahlenangaben auf Tausend auf- bzw. abgerundet

Die SPD hatte am 16. Oktober 1994 bei den am gleichen Tag stattfindenden Bundestags- und Kommunalwahlen gut 700 000 bzw. 600 000 Stimmen mehr erzielt als nun bei der Landtagswahl. Noch gravierender war die Mobilisierungsschwäche bei den Christdemokraten, die um knapp 900 000 bzw. 1 000 000 Stimmen unter ihrem damaligen Pegel blieben.

Die FDP verlor im Vergleich zur Bundestagswahl mehr als die Hälfte ihrer Stimmen (470 000) und sackte gegenüber ihrem bescheidenen Ergebnis bei der Kommunalwahl sogar nochmals ab, und zwar ziemlich exakt auf das Niveau der Europawahl 1994. Die Wahl zum Europäischen Parlament gilt im allgemeinen als nicht so wichtige Nebenwahl. Weil weder über Regierung noch Opposition entschieden wird, steigt die Experimentierfreude der Wählerinnen und kleine und Kleinstparteien können mit ungewohnter Unterstützung rechnen.

So zogen auch die NRW-Grünen bei der Europawahl mehr Stimmen (30 000) auf sich als nun bei der Landtagswahl am 14. Mai 1995. Gravierender ist aber der Verlust gegenüber der Kommunalwahl am 16. Oktober 1994 - 230 000 Wählerinnen und Wähler mehr als bei der Landtagswahl hatten den Grünen ihre Stimme für ein kommunales Mandat gegeben. Allem Wandel und Erfolg der Grünen zum Trotz stufen die Wahlbürger die Ökologen in der Präferenz nach wie vor hierarchisch ein. Auf kommunaler Ebene, von wo aus sie Ende der siebziger Jahre angetreten sind, ist ihr Kredit am höchsten geblieben, sind sie am besten gelitten. Dort akzeptiert man ihre Farbe weit häufiger als belebendes Element als offenbar auf Landesebene und erst recht auf Bundesebene.

Verglichen mit der Landtagswahl 1990, die letztlich verbindlicher Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg der Parteien ist, ergibt sich nach der infas-Wanderungsbilanz jedoch ein etwas anderes, sehr eindeutiges Bild. In einer Modellrechnung der nach Umfang und Richtung wahrscheinlichsten Wählerströme verloren die Parteien 1995 durch Wahlenthaltung per Saldo gut 750 000 Stimmen. Die SPD trägt davon mit 425 000 Stimmen mehr als die Hälfte des Verlusts. Leidtragend ist auch die CDU. Sie konnte ihr Ziel, über 40 Prozent zu kommen, nicht erreichen, weil ihr gegenüber 1990 per Saldo gut 200 000 Stimmen durch Wahlenthaltung fehlten. Hätte die FDP jene Stimmen doch mobilisiert, die ihr durch Wahlabstinenz verloren gingen, wäre sie immerhin knapp an die Fünf-Prozent-Hürde gelangt.

#### Gewinne und Verluste der Parteien in Nordrhein-Westfalen durch Wahlenthaltung

	Landtagswahl 1990	Landtagswahl 1995
SPD	- 258 000	- 425 000
CDU	+ 26 000	- 202 000
FDP	- 15 000	- 81 000
Grüne	- 5 000	+ 1 000
Republikaner	+ 25 000	- 62 000
Andere	+ 3 000	+ 15 000
Saldo der Parteien- mobilisierung	- 224 000	- 754 000

Quelle: infas-Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD; saldiertes Nichtwählerkonto

Auch die 1990 im Vergleich zum 14. Mai 1995 damals doppelt so erfolgreichen Republikaner büßten Stimmen durch die gestiegene Zahl der Nichtwähler ein. Lediglich die Grünen und Splitterparteien blieben vom Sog in den Wahlboykott verschont.

Das wahre Drama der wachsenden Wahlenthaltung wird durch den Vergleich zu 1990 beleuchtet. Damals hatten die Parteien weit weniger unter diesem Problem gelitten. Der Verlustsaldo für die Parteien betrug nur etwa ein Drittel des Werts von heute. Im Vergleich zu allen anderen traf aber bereits 1990 der Trend in die Wahlenthaltung die SPD am härtesten - schon damals ein Signal dafür, daß sich die symbolische Bindung SPD — NRW abschwächt und sich so allmählich ein Wandel in der politischen Kultur des Landes anbahnt.

#### Wählermilieus verlieren ihre Bindekraft

Neben dem Trend in die Wahlenthaltung hat sich aber auch innerhalb der sozialmoralischen Milieus mit ihrer traditionellen Bindung an die verschiedenen Parteien einiges umgeschichtet. Nach wie vor beeinflußt das Zusammentreffen von Faktoren wie sozialer Status und Schicht, Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage und Bindung an Großorganisationen das politische Verhalten, aber die Prägekraft schwächt sich ab, wie der Wahlausgang

am 14. Mai 1995 in Nordrhein-Westfalen zeigt. Als Indiz für diesen Trend stehen die beiden Wählergruppen, die so etwas wie die klassische Stammwählerschaft der beiden Volksparteien repräsentieren. So haben 1990 noch 76 Prozent der Arbeiterschaft die SPD gewählt und 62 Prozent der Katholiken die CDU. 1995 gaben nur noch 61 Prozent der Arbeiter der SPD ihre Stimme, bei den Katholiken sank der CDU-Anteil auf 49 Prozent.

Nach wie vor besitzen die Parteien in Nordrhein-Westfalen aber soziale Bastionen, auf die sie ihre Stärke gründen können. Die SPD hat das Profil einer Partei der unteren bis mittleren Schichten - mit entsprechenden sozialen Absicherungsbedürfnissen, wie etwa im Fall der Langzeitarbeitslosen — bewahrt, bei starker Verwurzelung im gewerkschaftlichen Milieu. Die NRW-CDU rekrutiert ihre Wählerbasis in besonderem Maß aus der älteren Wahlbevölkerung. Überdurchschnittlich sind ihr auch die Bauern sowie die Selbständigen und Angehörigen Freier Berufe zugetan. Für die FDP ist - trotz der Abschmelzung - noch immer das Bildungsbürgertum maßgebend, das seine berufliche Existenz oftmals in der Selbständigkeit findet.

#### Stimmabgabe bei der Landtagswahl 1995 in Nordrhein-Westfalen

In Prozent	SPD	CDU	FDP	Grüne	Andere
Alle Wähler	46,0	37,7	4,0	10,0	2,3
18 – 34 Jahre	42,9	29,4	4,0	19,8	3,9
60 Jahre und älter	44,7	47,7	3,8	2,3	1,5
Hauptschulabschluß	57,1	34,9	2,5	3,5	2,0
Real-/Fachschule	43,7	40,5	4,1	9,1	2,6
Abitur/Studium	32,6	37,7	6,1	21,3	2,3
Landwirte	7,7	66,1	19,5	4,7	2,0
Selbständige/Freie Berufe	22,4	52,0	9,2	14,8	1,6
Arbeiter	61,1	26,8	2,2	5,8	4,1
Angestellte/Beamte	45,4	34,3	3,8	14,6	1,9
– ohne Abitur/Studium	56,6	30,4	2,7	8,2	2,1
– mit Abitur/Studium	35,5	35,6	4,8	21,6	2,5
Rentner	48,8	44,2	3,0	2,3	1,7
In Ausbildung	35,7	26,9	5,4	28,3	3,7
Länger als ein Jahr arbeitslos	59,3	22,8	1,0	12,1	4,8
Gewerkschaftsmitglieder	65,5	21,8	1,2	8,9	2,6
Katholiken	36,6	49,0	3,5	9,1	1,8

Quelle: infas-Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD

Am 14. Mai 1995 auf das Doppelte angewachsen, haben die Grünen dennoch nichts von ihrem typischen und aus bisherigen Wahlanalysen vertrauten Profil verloren, aber auch „wesensfremdes“ Terrain erobert: Die grüne Wählerbasis ist jung, gut ausgebildet, vielfach noch in der Ausbildung, und mit der beträchtlichen Zahl von hoch qualifizierten Angestellten und Beamten haben die Grünen sich offenkundig erfolgreich im öffentlichen Dienst etabliert. Bei den Arbeitern, Vertreter einer anderen Kultur und den Grünen gegenüber eher skeptisch, liegt der Grünen-Anteil über fünf Prozent.



Und noch deutlich stärker haben sie im gewerkschaftlichen Milieu Fuß gefaßt. Ob hier genügend Ansatz- und Berührungspunkte liegen, die politischen Kulturen von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen einander anzunähern, bleibt abzuwarten.

Im Unterschied zu ihren Erfolgen in Stadtstaaten haben aber die Grünen in Nordrhein-Westfalen in noch keiner Wählergruppe die beiden großen Parteien überrundet. Als Flächenstaat ist das Land eben doch zu heterogen, so daß die Grünen nur punktuell — etwa im Dunstkreis ihres städtischen Milieus in Köln oder im Umfeld des Konflikts um Garzweiler II - auf derartige Sensationserfolge kamen. Daran ist abzulesen, wie doppelgleisig sich die Erfolgsgeschichte der Grünen abspielt: Ausbau der vorhandenen Milieus in universitär-geprägter Subkultur; Vorort-Mobilisierung nach altem Muster über ökologische Konflikte mit entsprechender Ausstrahlung über die nähere Region hinaus.

#### Zwiespältige Wendestimmung

Vor der Landtagswahl 1990 gab es zahlreiche Indizien für eine brüchige und zwiespältige Wähler Stimmung, die sich zwischen Lethargie aus gewisser Zufriedenheit und zugleich dahinter schlummernden Wünschen nach Änderung und Wechsel bewegte. So erklärten sich 72 Prozent der Wahlberechtigten überwiegend einverstanden mit der Politik von Ministerpräsident Johannes Rau, aber für nur 46 Prozent hatten sich die Erwartungen an die Landesregierung seit der letzten Wahl erfüllt. 81 Prozent fanden Rau als Politiker sympathisch, und 65 Prozent zogen ihn Helmut Linssen von der CDU als Ministerpräsidenten vor, der nur von 19 Prozent unterstützt wurde. 69 Prozent erwarteten, die SPD werde wieder die absolute Mehrheit erreichen, für eine SPD-Alleinregierung sprach sich jedoch nur ein Viertel aus.

Mit einer sicheren Zukunft im Land rechneten 58 Prozent, während zugleich 59 Prozent fanden, die Landesregierung habe nicht genügend für den Strukturwandel getan. 58 Prozent kritisierten, es gebe nicht ausreichend Betriebe mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen und moderner Technologie. Obwohl nach Meinung von Fachleuten der Strukturwandel im Kohle- und Stahlrevier als gut bewältigt gilt, scheint doch die Fixierung der SPD auf ihre Traditionsklientel und deren Interessen bei vielen einen gegenteiligen Eindruck erzeugt zu haben. 17 Prozent meinten, es müsse sich sehr viel ändern, 66 Prozent wollten, daß sich immerhin einiges im Land in eine andere Richtung bewegt. Alles in allem hatten die Wahlbürger in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 1995 wohl gute Gründe, für Kontinuität und Wechsel zugleich zu votieren. Mit dieser wohlgemischten Dosierung haben sie das Ende einer Ära besiegelt.